

Bezugspreis:

Vom 4.—10. November 42 Milliarden Mark vorans zahlbar. Unter Kreuzband vom 4.—10. November für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 58 Milliarden, für das übrige Ausland 68 Milliarden. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Sein und Sein“ und der Beilage „Gieblung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einpaltige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark, Reklamezeile 3,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 0,20 Goldmark (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengesuche das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnung: von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Dienstag, den 6. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Postkassentonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositionskasse Lindenstraße 3

Ein Aufruf der Reichsregierung. Gegen den drohenden Rechtsputsch.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

In schwerster Lage drohen dem Reiche innere Erschütterungen. Gewisse, wenn auch nicht zahlenmäßig starke Kreise versuchen, gestützt auf die Notlage unseres Volkes, einen ungesetzlichen Druck auf die Staatsgewalt auszuüben und vielleicht sogar die Brandfackel eines Kampfes Deutscher gegen Deutsche in das deutsche Haus zu werfen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, solchen Bestrebungen mit äußerster Energie und mit ganzer Kraft entgegenzutreten und wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen. Wenn wir über die Zeit des Ueberganges zu einer neuen wertbeständigen Währung, wenn wir über die Zeit schwerer Arbeits- und Erwerbslosigkeit, schwierigster Wirtschaftsverhältnisse und unerhörten außenpolitischen Druckes hinwegkommen sollen, dann ist Voraussetzung dafür:

Erhaltung der Reichseinheit und der Ordnung und Sicherheit im Innern.

Jede Erschütterung unserer außenpolitischen Lage ist, wie wir

man, daß das Wort Republik im Aufruf der Reichsregierung gar nicht enthalten ist.

Von der Gespanntheit der Lage zeugen auch die Gerüchte, die durch die Luft schwirren. Als der Tag, an dem die „nationale Diktatur“ errichtet werden soll, wird der 8. oder der 9. November genannt. Man will sogar schon die Personen kennen, aus denen das kommende Direktorium bestehen soll; die „Vossische Zeitung“ nennt den zur Politik abkommandierten Stinnes-Direktor Minoug, den Landbändler v. Dppen, den Botschafter in Amerika Wiedfeldt und den bayerischen Reichsfreiherrn v. Gayl. Ob Ludendorff mit dieser Liste einverstanden ist, wissen wir nicht; weniger wichtig dürfte bei dem sich überstürzenden Lauf der Ereignisse die Zustimmung des Herrn v. Raahr sein, der ja auch wiederum von den Völkischen bekämpft wird, weil man ihn in Abhängigkeit von einer „parlamentarischen Regierung“, nämlich der des Herrn v. Knilling, wähnt.

Im Zusammenhang mit den Plänen eines Direktoriums, das sich um den Namen Minoug gruppiert, ist es interessant, daß der völkische Graf Reventlow in seinem „Reichswart“

Andernfalls aber werden demnächst die Pogromhelden von München und Berlin und die Strategen vom Coburger Hauptquartier die Herren Deutschlands sein. Sie werden dann ihren vergänglichen Sieg nicht ihrer eigenen Stärke verdanken, sondern der Schwäche und Unentschlossenheit der Reichsregierung.

Die Beratungen der Parteien.

Reichspräsident Ebert empfing gestern in Gegenwart des Reichszankler die Führer der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten, um mit ihnen den Aufmarsch an der Thüringer Grenze zu besprechen. Auch der inzwischen erschienene Aufruf der Reichsregierung war Gegenstand der Debatte. Wahrscheinlich werden die Parteien, deren Führer an der Besprechung beteiligt waren, sowie die Spitzengewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten den Aufruf der Regierung durch eigene Aufrufe unterstützen.

Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei war zu der Besprechung nicht erschienen, die Volkspartei beschäftigte sich jedoch in einer Fraktions Sitzung mit der drohenden Gefahr. Der Reichs-

wissen, davon abhängig, daß diejenigen Völker und Vorgesetzten persönlichkeiten, die Deutschlands unerträgliches Notlage erkannt haben und Deutschland helfen wollen, nicht am deutschen Volke verzweifeln, wenn sie sehen, daß es sich in einer solchen Zeit gegenseitig zerfleischt.

Bedenkt auch, wie eine Zerfleischung im Innern auf unsere Brüder an Rhein und Ruhr wirken müßte, die im schwersten Kampfe gegen bezahlte bewaffnete Separatistenhorden ihr Deutschtum verteidigen! Sie haben das Recht zu erwarten, daß das ganze deutsche Volk ihren Kampf mitführt, und daß nicht im Innern des Reiches Deutsche gegen Deutsche kämpfen ohne ein Ziel, das irgendeine Aussicht auf Besserung gibt. Sei man sich auch darüber klar, daß jede Möglichkeit, außenpolitisch überhaupt etwas zu erreichen, mit dem Augenblick endgültig geschwunden ist, in dem an Stelle einer verfassungsmäßigen Regierung irgendeine ungesetzliche Macht Deutschland nach außen hin zu vertreten suchen wird.

Die deutsche Regierung besitzt die Machtmittel, um jedem Putsch mit Erfolg zu begegnen und die Verfassung des Reiches zu schützen. Die Reichswehr und die Schutzpolizei werden getreu ihrem Eide ihre Pflicht tun. Die Reichsregierung vertraut fest darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und ihren Willen aufgezwungen werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschlossen für die Ordnung und Freiheit des Deutschen Reiches eintreten wird.

Berlin, den 5. November 1923.

Der Reichspräsident,
gez. Ebert.

Die Reichsregierung,
gez. Dr. Stresemann.

Der vorstehende Aufruf beweist, daß sich auch die Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung der drohenden Gefahren allmählich bewußt wird. Wäre ihr früher diese Erkenntnis gekommen, so hätte sie vielleicht schon früher etwas mehr Energie gegen Bayern und weniger Ueberstürzung gegen Sachsen entwickelt, und wäre ihr selbst die Krise, die ihre parlamentarische Basis zerstört hat, erspart geblieben.

Indes ist die Zeit nicht danach angetan, von Berganem zu reden. Der Aufruf spricht selbst aus, was unheilverkündend vor uns steht. Die abscheulichen Dinge, die sich gestern nachmittag und abend in Berlin zutrugen, die regelrechten Judenhehen, die im Scheunenviertel von wöllischen Agitatoren entfacht wurden — sie zeigen deutlich, was die Uhr geschlagen hat. Viel schlimmer noch als der Schaden an Leib und Leben sind die Verheerungen, die durch solche Vorgänge in der auswärtigen Politik angerichtet werden. Es ist für Herrn Poincaré keine Kunst, mit Hilfe solchen Materials alle Sympathien zu erstickern, die sich in England, Amerika und sonst in der Welt für das deutsche Volk zu regen beginnen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß diese Ausschreitungen Glieder einer Kette, daß sie das Vorpiel größerer Ereignisse sind. Die Rechtspresse fährt — unter dem militärischen Belagerungszustand — fort, eine herausfordernde und drohende Sprache zu führen, als fühle sie sich schon vollkommen Herr der Lage. Von einem Vorgehen gegen sie verlautet nichts. Ebenjowenig von einer Aufforderung der Reichsregierung an Bayern, den Rüstungen gegen das Reich ein Ende zu machen, ebenjowenig von einer Absicht, die legalen bewaffneten Organisationen mit republikanisch zu verlässigen Elementen aufzufüllen und sie zur Verteidigung der Republik aufzurufen. Bei dieser Gelegenheit bemerkt

die Bemerkung macht, mit „wunderbarlichen“ Worte nicht helfen, das könne auch nicht die Hergz-Helferlich-Partei oder „im Bunde mit hervorragenden Fachleuten“ die Reichswehr. Ein derartiger Bund scheint in rechtsstehenden Kreisen lebhaft in Erwägung gezogen zu werden, worauf auch die folgenden Bemerkungen des Grafen Reventlow hinweisen:

Aber „das Militär“! Es ist sicher, daß dessen Chef, General v. Seeckt, den sogenannten legalen Weg nicht verlassen will. Ob einmal Ereignisse ihn zwingen werden, diesen zu verlassen, ist eine Sache für sich. Seine politische, wahrscheinlich auch persönliche Neigung verbindet den General mit den Parteien des Kapitalismus, ob etwas mehr oder etwas weniger „rechts“, das ist für den Haupteffekt ziemlich gleichgültig. Vor reichlich einer Woche ist der deutschnationalen Führer Hergz beim General v. Seeckt gewesen, und es heißt, daß die „Verständigung“ vollkommen sei. Das ist glaubhaft und würde keineswegs damit im Widerspruch stehen, daß, wie erzählt wird, den Offizieren der Reichswehr das Kabinett Stresemann als wert, gestützt zu werden, bezeichnet wird.

Danach scheint es, als ob in den politischen Gruppierungen rechts von Stresemann keineswegs Uebereinstimmung über die Methode bestünde, nach der das deutsche Volk endgültig glücklich zu machen ist. Diese Uneinigkeit und die Operettenhaftigkeit des ganzen Treibens könnte für die Republikaner eine Ermutigung sein, wenn hier ein geschlossener Abwehrwille bestände und wenn es eine Regierung gäbe, die bereit wäre, gestützt auf die republikanisch gesinnten Kräfte der Nation, den Kampf gegen den reaktionären Umsturz aufzunehmen.

Da dies leider nicht der Fall ist, muß die Lage als äußerst ernst betrachtet werden. Zwischen den Kräften der Reaktion und den gegen sie kampfbereiten Massen stehen der behördliche Apparat und die legale bewaffnete Macht. Es wäre verfehlt, sie von rückwärts überrennen zu wollen, sie würden dann zwischen zwei Feuer geraten und wahrscheinlich eine volle Wendung vollziehen, worauf die Rechtsradikalen das Spiel gemonnen hätten. Es bleibt also nichts anderes übrig, als, solange es noch Zeit ist, immer wieder auf die Größe der drohenden Gefahr hinzuweisen und eine organische Verbindung anzustreben zwischen denen, deren Beruf es ist, die Republik zu verteidigen, und denen, die den leidenschaftlichen Willen dazu haben.

Die Reichsregierung sagt allerdings zum Schluß ihres Aufrufs, sie vertraue darauf, daß, wenn ihr der Kampf wider ihren Willen aufgezwungen werden sollte, „das gesamte deutsche Volk geschlossen für Ordnung und Freiheit des Deutschen Reiches eintreten werde“. Das ist ein bißchen viel gesagt, da in diesem Fall die rechtsstehenden Kreise und die Kommunisten aus dem „gesamten deutschen Volk“ ihrer eigenen Willensrichtung nach ausgeschlossen sind, nach der anderen Seite aber ein bißchen wenig, weil es sich nicht um ein bloßes „Eintreten“ handelt, sondern um einen Kampf auf Leben und Tod. Die Regierung soll sagen, ob sie bereit ist, denen Waffen in die Hand zu geben, die als Soldaten der Republik für die Republik kämpfen wollen. Dann wird ein mannhafter Ruf eine mannhafte Antwort finden, und die Herrschhaften von rechts, denen das Blutvergießen nur so lange sympathisch ist, als es nicht auf ihre Kosten geschieht, werden sich schleunigst in die Mausefächer zurückbegeben, in die sie vor fünf Jahren getrocknet sind.

langler, der an der Sitzung teilnahm, soll sich einem „W.D.“ Bericht zufolge gegen eine Mobilisation freiwilliger Hilfskräfte zum Schutze der Republik ausgesprochen haben, da die Reichswehr zuverlässig sei und „etwaiger“ Unruhen allein Herr werden könne. Das Resultat der Sitzung war die Einsetzung eines Kleinen Ausschusses zum Stadium der Währungsfrage.

Die Beratungen der Zentrumsfraktion sind auch gestern nicht zu Ende geführt worden. Wie es heißt, bemüht sich der eine Flügel, Anschluß nach rechts zu finden, während der andere Teil hofft, die Sozialdemokratie zu einer wohlwollenden Neutralität zu bewegen. Die Mehrheit der Fraktion scheint auf ein Kabinett Stresemann auf der Basis der Kumpfkalition hinzuarbeiten.

Die Entscheidung des Zentrums wird von den Entschlüssen der Demokraten stark beeinflusst werden. Es hat zu diesem Zweck Verhandlungen mit den Demokraten eingeleitet, die sich noch nicht im klaren darüber zu sein scheinen, ob sie unter dem Reichsanzler Stresemann weiterarbeiten sollen oder nicht.

Der Reichstag kam unter diesen Umständen zu seiner beabsichtigten Sitzung am Mittwoch nicht zusammentreten. Der Ältestenrat hat beschlossen, es einer Vereinbarung zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Reichsanzler zu überlassen, wann die Sitzung abgehalten werden kann. Der Termin hängt davon ab, wann der Reichsanzler nach der Rekonstruktion seines Kabinetts in der Lage ist, Erklärungen als Grundlage für die allgemeine politische Aussprache abzugeben. Es ist möglich, daß die Sitzung noch in dieser Woche zustande kommt. Jedensfalls hat der Ältestenrat den Wunsch ausgesprochen, daß der Reichstag spätestens im Laufe der nächsten Woche wieder zusammentritt.

Der Auswärtige Ausschuß, der für Dienstag nachmittag berufen war, ist wegen der Verschiebung der Plenarsitzung gleichfalls abgefragt worden; er wird am Tage vor der Plenarsitzung von neuem berufen werden.

Keine Halbheiten! Sagt die „Kreuzzeitung“.

„Mit Gott für König und Vaterland“ kämpft die tapfere „Kreuz-Zeitung“ spaltenlang morgens und abends gegen die Sozialdemokratie und gegen den Marxismus. Sie bebauert nicht nur, daß Stresemann diesen „Kampf gegen den Marxismus“ als leere Phrase bezeichnet hat, sie entdeckt auch, daß Bayern „nicht gegen das Reich, sondern ebenso wie wir Preußen gegen den inneren Reichsfeind, die Sozialdemokratie, kämpft“. Damit landet sie glücklich wieder bei dem Schlagwort von der Reichsfeindschaft, mit dem Bismarck vor Jahrzehnten unter ganz anderen, und sicher für einen solchen Kampf viel günstigeren Verhältnissen die Arbeiterschaft vergeblich niederkämpfen suchte. Die „Kreuz-Zeitung“ glaubt gegenüber Stresemann schon die letzten Trümpfe auszuspielen zu dürfen. Ueber die Situation in Bayern versichert sie — und warum sollte sie darüber nicht unterrichtet sein:

„Die Spannung ist so groß, daß in möglicher Weise dem besonnenen Herrn v. Kahr und auch den mit ihm gehenden vaterländischen Verbänden die Leitung entgleitet.“

Die „Kreuz-Zeitung“ weiß auch genau, was Bayern will. Bayern will nicht nur den Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung. „Bayern fordert den Rücktritt Stresemanns und seines Kumpfkabinetts“. Der Austritt der sozialdemokratischen Minister ist für die Rufer im Streit gegen den Marxismus „nur ein Anfangserfolg“. Die „Kreuzzeitung“ sollen alle diejenigen folgen, die die „Verbindung mit der So-